

**Festrede 125 Jahre städtische Abfallwirtschaft in München -  
am Donnerstag, 14. April 2016 um 19.00 Uhr, im alten Kongress-  
gebäude auf der Theresienhöhe 15**

**Der Frühling der Demokratie beginnt in der Kommune  
Vom Wert der guten Daseinsvorsorge**

**Von Heribert Prantl**

Aus der „städtischen Hausunratanstalt“, die den Dreck der Stadt mit Pferdekutschen einsammelte, hat sich in 125 Jahren ein städtischer Hightech-Betrieb entwickelt, ein ökologischer Abfallwirtschaftsbetrieb. Diese 125 Jahre handeln davon, wie sich die Münchner, dem Baron Münchhausen gleich, aus dem eigenen Schopf aus dem eigenen Dreck gezogen haben. Die Münchner haben das unter anderem deswegen geschafft, weil sie erheblich weniger Müll produzieren als früher. Sie haben das geschafft, weil sie Worte wie „Recycling“ nicht nur aussprechen, sondern auch praktizieren können. Sie haben das geschafft, weil sie sich, ziemlich vorbildlich, an ein Drei-Tonnen-System gewöhnt haben, also an grüne, braune und schwarze Tonnen, an Bio-, Papier- und Restmülltonnen.

Die Münchner haben sich aus dem eigenen Dreck gezogen, in dem sie fast erstickt wären. Es gab viele dreckigen Jahrzehnte in München: In diesen Jahrzehnten wuchs der Müll noch stärker als die Stadt, in diesen Jahrzehnten da standen in den Lokalzeitungen Überschriften wie „Müllnotstand“, in diesen Jahrzehnten wurde der

Müll in Löcher vor die Tore Münchens gekippt und zu gigantischen Müllbergen aufgehäuft. Auf dem Gipfel dieses Müllbergs entstand, es schüttelt einen da heute noch, ein riesiger See auch Chemikalien, der Giftsee. Deponiegase strömten aus dem Berginneren. Und das Wahrzeichen des Münchner Nordens war damals nicht die schön leuchtende Allianz-Arena, sondern der brennende Müllberg.

Ich erinnere mich gut daran, als ich zu mündlichen Prüfung im zweiten juristischen Staatsexamen von Regensburg nach München in den Justizpalast fuhr, als gerade wieder einmal der Müllberg in Flammen geriet und Rauchschwaden den Münchner Norden verdunkelten. Eine Rauchsäule stand über der Stadt. Aha, dachte ich mir, „München leuchtet“. Das Staatsexamen habe ich dann, trotz dieses stinkenden Menetekels, manierlich bestanden.

Das stinkende München ist noch nicht so lange her: Von Schwabing über Freimann bis Garching beklagten sich damals, das war vor 35 Jahre, die Anwohner über viel Dreck und viel Gestank. Trotz schärfster Proteste der Anlieger erweiterte die Stadt, weil man sich anders damals nicht zu helfen wusste, 1982 den Müllberg noch einmal nach Norden. Dann kam 1988 die radikale Wende in der Abfallpolitik, die das Münchhausen-Wunder in München ermöglicht hat. Der grüne Kommunalreferent Georg Welsch arbeitete ein neues, ökologisches Abfallwirtschaftskonzept aus, das der Stadtrat einstimmig verabschiedete.

Ziel des Programms war die konsequente Abfallvermeidung und Mülltrennung bei Privathaushalten, Gewerbebetrieben und im öffentlichen Bereich. Und das Programm hatte drei Grundsätze: Erstens Abfallvermeidung geht vor Wiederverwertung. Zweitens: Wiederverwertung von Abfällen geht vor Müllverbrennung.

Drittens: Müllverbrennung geht vor Deponierung. Mit diesem Konzept gelang das Münchner Mönchhausen-Wunder.

Die Jahre 1888 ff mit ihrem neuen Abfallwirtschaftskonzept sind für die Münchner Geschichte so wichtig wie die Jahre 1854 ff. Die Cholera-Epidemie von 1854 gab den entscheidenden Anstoß für eine ordentliche Trinkwasser-Versorgung in München. Eine Untersuchungskommission bat damals den 35-jährigen Universitätsprofessor Max von Pettenkofer, zu erforschen, wie es der Cholera-Katastrophe hatte kommen können. Seine Diagnose: Der Dreck war schuld. Aus den Abfall-Gruben, den Kloaken und Stadtbächen gerieten Erreger ins Trinkwasser. Pettenkofer ließ eine Kanalisation und eine zentrale Trinkwasserversorgung einrichten.

Das von Seuchen geplagte München war nun auf dem Weg, „eine der saubersten Städte Europas zu werden“ – so jedenfalls schrieb die Süddeutsche Zeitung am vergangenen Montag. Aber an diesem Weg standen, wie eben geschildert, noch Rauchsäulen und brennende Müllberge. Heute leuchtet München wirklich, und es stinkt auch nicht mehr.

Liebe Festgäste,

zu Jubiläen war es früher üblich, ein Gedicht vorzutragen – am besten eines von Goethe oder Schiller. In München ist aber auch nicht schlecht, stattdessen mit einem Spruch von Karl Valentin aufzuwarten. Ich habe mich bemüht und lange geblättert – aber weder bei Goethe noch bei Schiller und auch nicht bei Karl Valentin ein Gedicht über den Müll und den Abfall gefunden. Beim Suchen im Bücherregal bin ich dann auf Heinrich Mann und seinen berühmten Roman „Professor Unrat“ gestoßen – aber es handelt ja bekanntlich nicht vom Abfall, sondern von der Doppelmoral des

Bürgertums; es handelt von einem Gymnasialprofessor namens Raat, der in einem Lokal verkehrt, das „Der blaue Engel“ heißt. Sie paßt nicht so recht auf unser Jubiläum, diese Geschichte.

Aber eine andere Geschichte möchte ich Ihnen erzählen, eine kleine Geschichte, eine Begebenheit, die mich gelehrt hat, wie wichtig eine funktionierende Abfallwirtschaft ist. Es ist keine spezifische Münchner Geschichte, keine Geschichte also, die speziell von den besonders innovativen Leistungen der Münchner Abfallwirtschaftsbetriebe und von ihrem großen grünen Umbruch handelt. Aber diese Geschichte hat schon auch etwas zu tun mit den 55 000 Mülltonnen, die in München täglich geleert werden; genauer gesagt, die Begebenheit, die ich Ihnen erzählen will, handelt davon, was geschieht, wenn die Tonnen nicht mehr geleert werden.

Es war kurz vor der Bundestagswahl 1998, vor der Wahl also, die, wie damals allseits erwartet, für die CDU und Helmut Kohl verloren ging; die SPD gewann, Gerhard Schröder wurde Kanzler. Damals saß ich mit Heiner Geißler an einem Abend im Weinhaus Neuner zusammen. Und ich fragte ihn, ob denn er, der alte Fuchs der CDU, wenn es den tiefen Bruch zwischen ihm und Kohl nicht gäbe, ein Rezept hätte, die Wahl und damit die Regierung für die Union noch einmal zu retten – und zwar ohne den Langzeitkanzler Kohl in letzter Minute durch Wolfgang Schäuble zu ersetzen.

Geißler überlegte lange und meinte dann, das ginge vielleicht so: Man müsse einen Streik der Müllarbeiter, wie es ihn damals gerade gab, eskalieren lassen, und zwar wochenlang. Dann, wenn sich der Müll in den deutschen Straßen türme, wenn es überall zum Himmel stinke, dann müsse die Kohl-Regierung die Bundeswehr zum Säubern einsetzen. Die Wähler wären dann, meinte er, erleichtert und begeistert – und hätten wieder Respekt

vor der Regierung Kohl. Ob er das ernst meine, habe ich ihn gefragt. Natürlich nicht, antwortete er, aber er sei ja um ein Gedankenspiel gebeten worden.

Das Gedankenspiel, das für einen politischen Machiavellisten mehr ist also nur ein Gedankenspiel, hat mit eines klar gemacht: Mit einer funktionierenden Abfallwirtschaft ist es so ähnlich wie mit der Gesundheit: Was man an ihr hat, merkt man erst, wenn man sie nicht mehr hat. Ein Streik bei der Müllabfuhr – das ist für eine Stadt so schlimm wie der Herzinfarkt für einen Menschen.

Der Müllinfarkt in München ist vermieden worden, weil München erstens kluge und umweltbewußte Bürger hat und weil München kluge politische Entscheidungen getroffen hat. Zu den klügsten dieser Entscheidungen in den vergangenen Jahrzehnten gehört es, die lange grassierende gefährliche Sucht der Privatisierung der Daseinsvorsorge nicht mitzumachen. Man kann München, man kann seine Politiker dafür gar nicht genug preisen.

Es gab genügend Kommunen in Deutschland, die auch noch den Abfall zu Gold machen wollten – es gab Oberbürgermeister, die sich den König Midas als Vorbild nahmen. Man privatisierte, was das Zeug hielt, man machte, wie einst König Midas, alles zu Geld, was nicht niet- und nagelfest war. Bund, Länder und Gemeinden verscherbelten in den neoliberalen Zeiten nicht nur ihre Anteile an großen Firmen, um so ihre Haushalte zu sanieren. Sie gaben für viel Geld auch ihren Einfluss auf die Unternehmen der Daseinsvorsorge auf, sie zogen sich aus den Tätigkeiten zurück, die bis dahin als die ureigenen des Staates gegolten hatten: Abwasserbeseitigung, Verkehrsbetriebe, Trinkwasserversorgung und Müllentsorgung wurden auf Privatunternehmen übertragen. Das klappte da und dort gut; sehr oft klappte es nicht. Die Preise stiegen, die Kommunen

hatten keinen oder zu wenig Einfluss, um Preistreiberei zu verhindern. Spät, aber nicht zu spät, merken die Städte, was sie angerichtet haben..

König Midas hatte sich einst vom Gott Dionysos gewünscht, dass alles, was er berühre, zu Gold werde. So war es dann auch: Als er sich an den Tisch setzte, wurde das Brot zu Gold, alle anderen Speisen auch. Mit Wasser und Wein passierte das gleiche. Midas lief Gefahr, vor Hunger und Durst zu sterben – so dass er den Dionysos händeringend bat, ihn von der verhängnisvollen Gabe zu befreien. Der befreite ihn durch ein Bad in einer Quelle, die seither, so die Sage, Goldsand führt.

Ein solches befreiendes Bad hat heute so manches Gemeinwesen nötig. Es geht um eine Erkenntnis, die Midas gerade noch rechtzeitig hatte: Man kann daran krepieren, wenn man alles zu Gold macht. Gewiss: Die Kommunen verkauften ihre Betriebe der Daseinsvorsorge nicht nur aus Jux, Geldmacherei und Tollerei, sondern aus Not. Der Staat suchte angesichts der gewaltigen Schulden der öffentlichen Hand sein Heil in der Privatisierung seiner Unternehmungen. Lange Zeit wurde das allgemein begrüßt, die Privatisierung war Teil eines historischen Megatrends, der dem Markt sehr viel und dem Staat sehr wenig oder gar nichts zutraute, der daran glaubte, dass der Markt fast alles besser und billiger machen könne als der Staat.

Viele Mieter ehemals kommunaler Wohnungsbaugesellschaften beispielsweise haben dann ganz andere Erfahrungen gemacht: Alsbald nach dem Verkauf ihrer Wohnungen an Investoren wurde der Mietzins in die Höhe geschraubt. Wegen solcher Erfahrungen brach die Privatisierungseuphorie zusammen, die Bürger wurden

rebellisch, in Leipzig zum Beispiel verhinderten sie per Bürgerentscheid den Verkauf der kommunalen Stadtwerke.

Die Bürger erlebten Privatisierung als den Sieg der angeblich ökonomischen Effizienz über die soziale Verantwortung. Und oft genug entpuppte sich auch noch die Effizienz als Scharlatanerie. Mit der globalen Wirtschaftskrise wuchs daher die generelle Skepsis gegenüber einer Privatisierung der Daseinsvorsorge: Wer will schon, dass Entscheidungen über Wasser, Müllentsorgung oder den Personennahverkehr irgendwo in einer Konzernzentrale fallen, weitab von einem Rathaus, weitab von öffentlichem Scheinwerferlicht, weitab von jeder Diskussion und Demonstration der Bürgerschaft? Die neue Tendenz zur Re-Kommunalisierung der Daseinsvorsorge ist vernünftig und demokratisch.

Ich preise die Stadt München dafür, dass sie die Irrwege nicht mitgegangen ist. Ich preise sie dafür, dass sie nicht rekommunalisieren muss, weil sie die Daseinsvorsorge nie privatisiert hat. Ich wünsche ihr zum Jubiläum, dass sie auch weiterhin den privatwirtschaftlichen Verlockungen und Bedrängungen erfolgreich Widerstand leistet. Die Zeit der Bedrängungen ist nämlich nicht vorbei, der Druck kommt heute, immer wieder, aus Europa. aus Brüssel. Es gibt dort nach wie vor starke Bestrebungen, kommunale Dienstleistungen einem Zwang zur Privatisierung zu unterwerfen. Davon sind auch die städtische Abfallwirtschaft, die Trinkwasserversorgung und die Abwasserreinigung bedroht, also große Teile der kommunalen Daseinsvorsorge.

Das ist nicht gut, das läßt sich beweisen: Die Bürger von Grenoble haben nach der Privatisierung der Wasserversorgung vor zwanzig Jahren dort ein Waterloo im Wortsinn erlebt. Die Verträge waren dreckig, das Wasser war nicht sauber, dafür teuer. Am besten flossen die Schmiergelder. Die private Wassercompagnie verdiente sich dumm und dämlich. Ähnliche Erfahrungen in London: Dort wurde nichts in die Leitungen investiert, sie verrotteten. Und die British Rail hatte nach Privatisierung die Tendenz, neben den Schienen zu fahren. Es geht bei der Daseinsvorsorge auch um soziale Verantwortung. Die Privatisierung von sozialer Verantwortung wäre kein guter Weg für Europa. Die Anstöße für die Privatisierung der Post, der Telekommunikation und der Bahn gingen von Brüssel aus. Deshalb ist Brüssel stolz auf diese Privatisierungen, nicht aber der Verbraucher. Deshalb betrachtet die EU die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die öffentlichen Versorgungseinrichtungen oder auch Krankenversicherungssysteme mit Skepsis, der Bürger aber mit Wohlgefallen.

Europa muss noch lernen, dass nicht alle öffentlichen Güter dem privaten Wettbewerb anheim gegeben werden dürfen. Die Rechtsangleichung in Europa darf nicht unter das Motto gestellt werden, wie der Mensch noch fungibler für Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit wird. Der Mensch ist nicht nur ein homo oeconomicus, auch der Europäer nicht. Vor einiger Zeit haben zwei Millionen Menschen die europäische Bürgerinitiative gegen die Privatisierung der Wasserversorgung unterschrieben – „Wasser ist Menschenrecht“ sagten die Bürger. Die EU-Kommission darf diese Initiative nicht einfach wegwischen. Das wäre nicht gut, das wäre nicht recht, das wäre ein schwerer Fehler, das wäre antidemokratisch. Die Bürger wollen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge unangetastet bleibt. Die Bürger haben da ihre Befürchtungen – deshalb diskutieren sie schon im frühen



Verhandlungsstadium so erregt über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Festgäste,

viele Bürgerinnen und Bürger stellen sich unter Sicherheit, unter guter Ordnung und unter einem starken Staat mehr vor, als dies die deutsche Innenpolitik bisweilen tut. Zu den Dingen, die ihm Sicherheit geben, zählt der Bürger nicht nur Polizei und Gerichte, sondern auch andere Dinge, die jeder braucht: das Trinkwasser oder die Energie zum Beispiel. Da hat der Bürger recht. Eine gute Daseinsvorsorge gibt Sicherheit, sie gibt innere Sicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger wollen diese Sicherheit nicht verlieren, sie wollen sich diese Sicherheit nicht nehmen lassen, auch nicht von der Europäischen Union.

Die Kommune ist die Schule der Demokratie: Wenn der Bürger dort nur noch lernen könnte, dass die Politik auf die Versorgung mit öffentlichen Gütern kaum noch Einfluss mehr hat, dann würde die die Verdrossenheit am Staat wachsen. Ein Ausverkauf staatlicher beziehungsweise kommunaler Gestaltungsmacht wäre ein Ausverkauf demokratischer Mitbestimmung. Der Staat, also auch Städte, Gemeinden und Kreise, dürfen ihre Aufgaben nicht abwerfen wie der Baum seine Blätter im Herbst. Das geht nicht, das ist schädlich für die Demokratie. Wenn der Staat sich immer kleiner macht, dann wird ja auch der Bereich, den Wähler mitbestimmen können, immer kleiner. Zu viel Entstaatlichung wird also zur Gefahr für die Demokratie. In dem Maß, in dem kommunale Versorgungsbetriebe entkommunalisiert wurden, verlor die Kommune die Funktion, die sie hatte: Sie war nicht mehr Schule der

Demokratie; sie war nur noch Zwergschule. Der Frühling der Demokratie beginnt in der Kommune.

Wenn die Bürger das Gefühl haben, in der EU rücken viele Entscheidungen weit weg – dann ist die Kommune wichtiger denn je. Sie ist die Heimat der Bürger. Sie ist die Basis für das Vertrauen in Staat und Demokratie. Sie ist *Conditio sine qua non*.

Es gab und gibt Juristen und vor allem Ökonomen, die die Städte und Gemeinden nur noch als untere staatliche Vollzugsorgane sehen, und sie so in ihrer Bedeutung reduzieren. Ich habe das immer für falsch gehalten. Die kommunale Selbstverwaltung gehört zu den Konstruktionsprinzipien unseres Gemeinwesens; darin zeigt sich der Föderalismus am schönsten und am besten. Zur kommunalen Selbstverwaltung gehört die eigenverantwortliche Wahrnehmung der eigenen örtlichen Angelegenheiten. Wer, wie das Bundesverfassungsgericht, die kommunale Selbstverwaltung ernst nimmt, der kann nichts dagegen haben, dass die Kommune bei der Konzessionsvergaben ein gemeindliches Unternehmen gegenüber einem potenten Großkonzern bevorzugt.

Wenn die Kommunen nach Gemeinwohl statt nach Wirtschaftsinteressen handeln wollen, wenn sie auf niedrige Energiepreise und auf niedrige Müllgebühren achten, wenn sie sich von eigenen kommunalen Unternehmen ein besseres Infrastrukturmanagement versprechen – wenn sie so die Energiewende forcieren und die demokratischen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten fördern wollen – dann sind das lauter sachlich einleuchtende Gründe. Der kommunale Leuchtturm soll leuchten dürfen für die Daseinsvorsorge.

Demokratie ist viel mehr als eine Wahl. Sie ist das erfolgreichste, beste und friedlichste Betriebssystem, das es für ein Land gibt. Es ist ein Betriebssystem, bei dem alle, die in einem Land wohnen, etwas zu sagen haben: Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet - nach Regeln, über die man miteinander bestimmt hat. Kommunalwirtschaft ist eine wunderbare Form, Zukunft miteinander zu gestalten.

In diesem Sinn: Alles Gute zum Jubiläum. Ich wünsche Ihnen, ich wünsche mir, ich wünsche uns eine gute, eine ökologische, eine umweltbewußte Zukunft für München.

---

Prof. Dr. Heribert Prantl ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter der Redaktion Innenpolitik.

